

## MEISSNER RHEINWERK AG

(vormals: MEISSNER RHEINWERK Eisenwarenfabrik AG)  
Carlsplatz 12 — 40213 Duesseldorf — HRB 47 882 AG Duesseldorf

### VERSORGUNGSORDNUNG

#### K-VO-1

„Versorgungsordnung Carlsplatz 1973“

in der Fassung der 4. Novelle vom 22. November 1987

<b>Erstfassung:</b>	14. Juni 1973
<b>1. Novelle:</b>	18. Maerz 1976
<b>2. Novelle:</b>	09. September 1980
<b>3. Novelle:</b>	30. April 1984
<b>4. Novelle (vorli. Fassung):</b>	22. November 1987
<b>Durchfuehrungsweg:</b>	Direktzusage (Leistungsprimat, Endgehaltsbezug)
<b>Geltungsbereich:</b>	Werk Duesseldorf (Konzernzentrale, Werk 1)
<b>Status:</b>	Geschlossen fuer Neueintritte ab 01.01.2000
<b>Berechtigte:</b>	2.847 (1.412 Aktive, 1.435 Rentner/Hinterbliebene)
<b>Aktenzeichen:</b>	MEI-Pensions-26-014 / K-VO-1

Genehmigt durch Vorstandsbeschluss vom 22. November 1987.

Im Einvernehmen des Konzernbetriebsrats — Reinhardt Suelzbach, Vorsitzender

## VORWORT

---

Die Versorgungsordnung Carlsplatz 1973 steht am Beginn einer Ueberlieferungskette betriebsrentenrechtlicher Zusagen, die nunmehr seit mehr als einem Vierteljahrhundert das Vertrauen der Belegschaft des Werkes Duesseldorf gegenueber ihrem Arbeitgeber fundiert. Als der damalige Vorstand der MEISSNER RHEINWERK Eisenwarenfabrik AG am 14. Juni 1973 — nur wenige Monate nach dem Inkrafttreten des Betriebsrentengesetzes vom 19. Dezember 1974 (BetrAVG) in Vorbereitung — die erste Fassung dieser Versorgungsordnung verabschiedete, stand das Unternehmen vor der Aufgabe, ein rechtsverbindliches Regelwerk zu schaffen, das die betriebliche Altersversorgung auf eine dauerhaft verlässliche Grundlage stellte. Die Gesetzgebung war in Vorbereitung; das Unternehmen handelte vorausschauend.

Die Tarifverhandlungen mit der Industriegewerkschaft Metall in den Jahren 1972 und 1973 hatten einen nachhaltigen Einfluss auf die Ausgestaltung der Ursprungsfassung. Der damalige Konzernbetriebsratsvorsitzende Hans-Werner Suelzbach — Vater des jetzigen Konzernbetriebsratsvorsitzenden Reinhardt Suelzbach — hatte in intensiven Verhandlungen eine Gesamtversorgungsformel durchgesetzt, die den Beschaeftigten am Ende ihrer Laufbahn eine wuerdige Altersabsicherung garantiert. Das sogenannte Endgehalts-Komplementaerprinzip — Gesamtversorgungssatz aus Endgehalt abzueglich gesetzlicher Rente — ist seitdem der Kern aller Novellierungen geblieben.

Die erste Novelle von 1976 folgte dem Erlass des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG). Die zweite Novelle von 1980 passte die Unverfallbarkeitsvoraussetzungen an die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts an. Die dritte Novelle von 1984 reagierte auf die Einfuehrung der Beitragsberechnung nach der Beitragsbemessungsgrenze und justierte die Obergrenzen fuer AT-Mitarbeiter. Die nun vorliegende vierte Novelle vom 22. November 1987 traegt den gesetzgeberischen Entwicklungen seit 1984 Rechnung: Insbesondere das Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz (HEZG) von 1986 sowie die verfestigte Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur Anpassungspflicht nach Paragraph 16 BetrAVG machen inhaltliche und redaktionelle Anpassungen erforderlich.

Inhaltliche Schwerpunkte der vierten Novelle sind: (i) Aufnahme der Lebensgefaehrtenversorgung in Vorwegnahme zukuenftiger Gleichstellungsverpflichtungen; (ii) Klarstellung der versicherungsmathematischen Kuerzungsmethodik bei vorzeitigem Renteneintritt; (iii) Neufassung der Abloesereglung fuer Bestandsschutz-Aufstockungsbetraege (Anlage 2); (iv) Aktualisierung der Versorgungshoehen-Tabellen nach dem IG-Metall-Entgelttarifvertrag NRW, Fassung 1987; (v) Klarstellung der Anrechnungsregeln fuer gesetzliche Unfallrenten und oeffentlich-rechtliche Versorgungsbezeuge.

Diese Versorgungsordnung ist ab dem 22. November 1987 massgeblich fuer alle unter ihren Geltungsbereich fallenden Personen und ersetzt alle frueheren Fassungen der Versorgungsordnung Carlsplatz 1973 einschliesslich aller Nachtrage und Durchfuehrungsrichtlinien, soweit nicht Anlage 2 Besitzstandsregelungen vorsieht. Das Unternehmen bekennt sich mit dieser Versorgungsordnung ausdruecklich zur Werks- und Treuepflicht gegenueber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dem Unternehmen ueber Jahrzehnte Lebenszeit und Arbeitskraft gewidmet haben.

Duesseldorf, den 22. November 1987

Der Vorstand der MEISSNER RHEINWERK Eisenwarenfabrik AG

## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	2–3
Paragraph 1 Geltungsbereich	4
Paragraph 2 Versorgungsleistungen	5
Paragraph 3 Versorgungsalter	6
Paragraph 4 Wartezeit	7
Paragraph 5 Berechnungsgrundlage	8
Paragraph 6 Versorgungshoehen-Tabellen und Berechnungsbeispiele	9–11
Paragraph 7 Anpassung nach Paragraph 16 BetrAVG	12
Paragraph 8 Unverfallbarkeit	13
Paragraph 9 Auszahlungsmodalitaeten	14
Paragraph 10 Hinterbliebenenversorgung	15
Paragraph 11 Anrechnung anderer Einkuenfte	16
Paragraph 12 Schlussbestimmungen / Inkrafttreten / Abloesung	17
Anlage 1: Rentenberechnungs-Tabellen (Matrix Dienstjahre x Tarifgruppe)	18–20
Anlage 2: Abloesereglung 1987 fuer Aufstockungsbetraege	21
Anlage 3: Verzeichnis der Tarifgruppen 1987 (IG Metall NRW)	22
Unterschriften	23

## Paragraph 1 Geltungsbereich

---

(1) Diese Versorgungsordnung gilt fuer alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (nachfolgend: Mitarbeiter) der MEISSNER RHEINWERK AG (vormals: MEISSNER RHEINWERK Eisenwarenfabrik AG), Carlsplatz 12, 40213 Duesseldorf, die am Standort Duesseldorf beschaefigt sind oder waren und die saemtliche nachfolgend genannten Voraussetzungen erfuellen.

(2) Der persoenliche Geltungsbereich umfasst:

- a) alle Mitarbeiter, die am 31. Dezember 1999 in einem ungekündigten Arbeitsverhaeltnis zur MEISSNER RHEINWERK AG standen und zu diesem Zeitpunkt noch keine Versorgungsleistungen bezogen;
- b) alle Versorgungsempfaenger (Rentner und Hinterbliebene), deren Versorgungsansprueche bereits vor dem 31. Dezember 1999 entstanden sind;
- c) alle Personen mit unverfallbaren Anwartschaften im Sinne des Paragraph 8 dieser Ordnung, die vor dem 31. Dezember 1999 aus dem Arbeitsverhaeltnis ausgeschieden sind.

(3) Die Versorgungsordnung ist geschlossen fuer Mitarbeiter, die nach dem 31. Dezember 1999 (Stichtag der Schliessung) erstmals in ein Arbeitsverhaeltnis mit der MEISSNER RHEINWERK AG eingetreten sind. Fuer diesen Personenkreis gelten ausschliesslich die neueren Konzern-Versorgungsregelungen.

(4) Mitarbeiter in aussertariflicher Stellung (AT-Mitarbeiter) sind tariflichen Mitarbeitern gleichgestellt, sofern nachfolgend keine abweichende Regelung getroffen wird. Die Eingruppierung richtet sich nach dem IG-Metall-Entgelttarifvertrag NRW in der jeweils gueltigen Fassung (Anlage 3) beziehungsweise nach dem Einzelarbeitsvertrag bei AT-Mitarbeitern.

(5) Diese Versorgungsordnung gilt nicht fuer: (a) Mitglieder des Vorstands der MEISSNER RHEINWERK AG, fuer die gesonderte Vorstandsdiensvertraege gelten; (b) Mitarbeiter, die aufgrund gesonderter Einzelzusagen oder Betriebsvereinbarungen abweichende Versorgungszusagen erhalten haben; (c) Mitarbeiter anderer Konzerngesellschaften der MEISSNER RHEINWERK AG, fuer die eigenstaendige Versorgungsordnungen gelten (Anlage 1 des Bestandsaufnahme-Gutachtens Treuenfels Yamamoto, Aktenzeichen MEI-Pensions-26-014).

## Paragraph 2 Versorgungsleistungen

---

(1) Diese Versorgungsordnung gewaehrt folgende Versorgungsleistungen als Rechtsanspruch (kein Ermessen) bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen:

1. Altersrente gemäss Paragraph 3 Abs. 1 (Regelaltersrente), Paragraph 3 Abs. 2 (vorgezogene Altersrente analog Paragraph 6 BetrAVG) und Paragraph 3 Abs. 3 (Schwerbehinderten-Altersrente);
2. Erwerbsminderungsrente bei Eintritt voller Erwerbsminderung im Sinne des Paragraph 43 Abs. 2 SGB VI vor Erreichen der Regelaltersgrenze;
3. Witwen- und Witwerrente fuer den ueberlebenden Ehegatten eines verstorbenen Versorgungsempfaengers oder eines verstorbenen Mitarbeiters mit unverfallbarer Anwartschaft im Sinne des Paragraph 8;
4. Lebensgefahertenrente fuer eingetragene Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes (LPartG) sowie — in Vorwegnahme kuenftiger Rechtsentwicklung — fuer nicht eheliche Lebensgefaherten bei Nachweis gemeinsamen Haushalts und wirtschaftlicher Abhaengigkeit;
5. Halbwaisenrente fuer hinterbliebene Kinder mit noch lebendem Unterhaltspflichtigen;
6. Vollwaisenrente fuer hinterbliebene Kinder, bei denen beide Elternteile verstorben sind.

(2) Ein Anspruch auf Versorgungsleistungen nach Abs. 1 Nr. 1 entsteht nur, wenn die Wartezeit nach Paragraph 4 erfuellt ist. Die Versorgungsleistungen nach Abs. 1 Nr. 2 bis 6 entstehen dem Grunde nach auch ohne Erfuellung der Wartezeit, sobald die Voraussetzungen der gesetzlichen Unverfallbarkeit nach Paragraph 1b BetrAVG vorliegen.

(3) Versorgungsleistungen werden als laufende monatliche Rente ausgezahlt (Paragraph 9). Ein Kapitalwahlrecht besteht nicht, es sei denn, der Vorstand der MEISSNER RHEINWERK AG hat dies durch Einzelzusage schriftlich gewaehrt.

(4) Ergeben sich aus dieser Versorgungsordnung geringere Leistungen als nach dem gesetzlichen Mindestanspruch (Paragraph 2 BetrAVG in der jeweils gueltigen Fassung), so gelten die gesetzlichen Mindestansprueche. Das Guenstigkeitsprinzip des Arbeitsrechts bleibt stets gewahrt.

### Paragraph 3 Versorgungsalter

---

(1) Regelaltersgrenze: Der Mitarbeiter hat Anspruch auf Altersrente, wenn er die Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung gemäss Paragraph 35 SGB VI erreicht und aus dem Arbeitsverhaeltnis ausscheidet. Die Regelaltersgrenze betraegt derzeit 65 Jahre und wird entsprechend dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz (in den Geburtsjahrgaengen bis 1947 unveraendert 65 Jahre, ab Geburtsjahrgang 1947 stufenweise Anhebung auf 67 Jahre bis zum Geburtsjahrgang 1964) angepasst. Das Unternehmen passt

die Regelaltersgrenze dieser Ordnung automatisch entsprechend an, ohne dass eine Novellierung erforderlich ist.

(2) Vorgezogene Altersrente (analog Paragraph 6 BetrAVG): Auf schriftlichen Antrag kann der Mitarbeiter ab Vollendung des 63. Lebensjahres vorgezogene Altersrente beziehen, sofern er aus dem Arbeitsverhaeltnis ausscheidet und eine gesetzliche Altersrente bezieht. Die vorgezogene Altersrente ist versicherungsmathematisch zu kuerzen; der Kuerungsfaktor betraegt 0,4 Prozent je vollem Monat des vorzeitigen Renteneintritts vor der Regelaltersgrenze, hoechstens jedoch 14,4 Prozent (36 Monate x 0,4 Prozent).

(3) Schwerbehinderten-Altersrente: Schwerbehinderte Mitarbeiter im Sinne des SGB IX (Grad der Behinderung mindestens 50) koennen auf Antrag ab Vollendung des 60. Lebensjahres Altersrente beziehen. Die versicherungsmathematische Kuerzung nach Abs. 2 gilt entsprechend, berechnet auf den Zeitraum zwischen dem tatsaechlichen Renteneintritt und dem 63. Lebensjahr (kuerzungsfreie Grenze fuer Schwerbehinderte).

(4) Erwerbsminderungsrente: Tritt beim Mitarbeiter vor Erreichen der Regelaltersgrenze volle Erwerbsminderung im Sinne des Paragraph 43 Abs. 2 SGB VI ein und erhaelt er eine gesetzliche Erwerbsminderungsrente, so erhaelt er ab dem Eintritt der Erwerbsminderung eine Erwerbsminderungsrente nach dieser Ordnung. Massgeblich ist der auf volle Monate aufgerundete Zeitraum der tatsaechlichen Betriebszugehoerigkeit; eine Hochrechnung auf die Regelaltersgrenze findet in Abkehr von der Rechtsprechung des BAG (BAG 3 AZR 312/19) nicht statt.

(5) Nachweis: Der Mitarbeiter hat das Vorliegen der Versorgungsvoraussetzungen (insbesondere Rentenbescheid der Deutschen Rentenversicherung Bund) unaufgefordert nachzuweisen. Bis zur Vorlage des Nachweises ruht der Zahlungsanspruch.

#### Paragraph 4 Wartezeit

(1) Erwartungsklausel: Ein Anspruch auf Altersrente und Erwerbsminderungsrente nach Paragraph 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 entsteht nur, wenn der Mitarbeiter mindestens zehn (10) vollendete Dienstjahre ununterbrochen in einem Arbeitsverhaeltnis zur MEISSNER RHEINWERK AG beziehungsweise ihrer Rechtsvorgaengerin zurueckgelegt hat. Diese Mindestbetriebszugehoerigkeit wird als Wartezeit bezeichnet.

(2) Anrechenbare Zeiten: Auf die Wartezeit werden angerechnet: (a) ununterbrochene Beschaeftigungszeiten beim Werk Duesseldorf; (b) Zeiten in anderen Konzerngesellschaften der MEISSNER RHEINWERK AG, sofern ein unmittelbarer Wechsel ohne wesentliche Unterbrechung (mehr als sechs Monate) stattgefunden hat; (c) Wehr- und Zivildienstzeiten (Paragraph 6 ArbPlSchG); (d) Elternzeitzeiten gemaess BEEG.

(3) Nicht anrechenbare Zeiten: Auf die Wartezeit werden nicht angerechnet: Zeiten des genehmigten Sonderurlaubs (ausser Elternzeit), Zeiten einer Teilzeitbeschaeftigung unterhalb von 50 Prozent der betriebsueblichen Arbeitszeit, Zeiten aus anderen Arbeitgebern, die nicht zum MEISSNER-Konzern gehoeren.

(4) Gesetzliche Unverfallbarkeit als Untergrenze: Die Wartezeit nach Abs. 1 gilt nur fuer den Vollanspruch auf Altersrente. Unabhaengig davon hat der Mitarbeiter bei Vorliegen der gesetzlichen Unverfallbarkeit nach Paragraph 1b BetrAVG stets Anspruch auf den zeitanteiligen Unverfallbarkeitsbetrag gemaess Paragraph 8.

(5) Besonderheit fuer Mitarbeiter mit Versorgungszusage vor 1975: Fuer Mitarbeiter, die vor dem 22. Dezember 1974 (Inkrafttreten BetrAVG) eine Versorgungszusage erhalten haben, gilt anstelle des Paragraph 1b BetrAVG die Uebergangsregelung des Paragraph 30f BetrAVG. Die Wartezeit betraegt fuer diesen Personenkreis 10 Dienstjahre, alternativ das vollendete 35. Lebensjahr mit mindestens 12-jaehriger Versorgungszusagedauer.

## Paragraph 5 Berechnungsgrundlage

(1) Ruhegehaltsfaehiges Dienst Einkommen (Endgehalt): Als Berechnungsgrundlage gilt das arithmetische Mittel des monatlichen Bruttoeinkommens in den letzten sechsunddreissig (36) Kalendermonaten vor Eintritt des Versorgungsfalles (Referenzzeitraum). Zum massgeblichen Bruttoeinkommen zaehlen: das tarifliche oder aussertarifliche Grundentgelt, tarifliche Zulagen (Schicht-, Gefahren-, Erschwernis- und Qualifikationszulagen), 13. Monatsgehalt anteilig, Urlaubsgeld anteilig, soweit diese Zahlungen regelmassig und laufend gewahrt werden.

(2) Nicht anrechenbare Einkommensbestandteile: Nicht zum ruhegehaltsfaehigen Dienst Einkommen zaehlen: Ueberstundenverguetungen, Einmalzahlungen und unregelmassige Sonderzahlungen, Praemien und Provisionen, Ausloesung, Reisekostenerstattungen, Sachbezuuge, steuerfreie Zuwendungen, Aufwandsentschaedigungen sowie sonstige unregelmassige Verguetungsbestandteile.

(3) Gesamtversorgungsgrad: Der Gesamtversorgungsgrad betraegt fuer die Altersrente 75 Prozent des ruhegehaltsfaehigen Dienst Einkommens. Dieser Satz wird bei 43 oder mehr anrechnungsfahigen Dienstjahren erreicht ( $43 \times 1,75 \text{ Prozent} = 75,25 \text{ Prozent}$ , cap: 75 Prozent). Bei kuerzeren Dienstzeiten ermittelt sich der Versorgungssatz aus Dienstjahre  $\times 1,75 \text{ Prozent}$  (vergl. Paragraph 6 und Anlage 1).

(4) Komplementaerformel zur gesetzlichen Rente: Von dem nach Abs. 3 errechneten Versorgungsbetrag (Endgehalt  $\times$  Versorgungssatz) wird die dem Mitarbeiter zustehende monatliche Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV-Rente) abgezogen. Anzurechnen ist nur die GRV-Rente, die auf Versicherungszeiten waehrend der

Beschaefigung beim Unternehmen beruht. Die Formel lautet:

$$\text{Betriebsrente} = (\text{Endgehalt} \times \text{Versorgungssatz}) \text{ minus anzurechnende GRV-Rente}$$

(5) Höchstbetragsregelung: Die Betriebsrente betraegt mindestens null Euro (Gesamtversorgung darf nicht negativ werden). Ergibt die Komplementaerformel einen negativen Wert (d.h. die GRV-Rente uebersteigt den Gesamtversorgungsanspruch), so betraegt die Betriebsrente null Euro; der Mitarbeiter hat in diesem Falle keinen Anspruch auf Betriebsrente, jedoch auf den gesondert zu berechnenden Mindestanspruch nach Paragraph 2 Abs. 1 BetrAVG.

(6) AT-Mitarbeiter: Fuer Mitarbeiter in aussertariflicher Stellung gilt als Endgehalt das tatsaechlich vereinbarte aussertarifliche Grundgehalt (Paragraph 1 Abs. 1 des AT-Vertrages), hoechstens begrenzt auf das Dreifache der zum Versorgungsfall massgeblichen Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (BBG-Grenze West). Die BBG-Grenze wird nach dem Stand des Jahres des Versorgungsfalles bestimmt.

## Paragraph 6 Versorgungshoeihen-Tabellen und Berechnungsbeispiele

(1) Dienstjahres-Steigerungssatz: Der Versorgungssatz betraegt je vollendetem anrechnungsfahigem Dienstjahr 1,75 Prozent des ruhegehaltsfahigen Dienstinkommens, hoechstens 75 Prozent (Cap). Die Berechnung ist linear; Zwischenjahre werden anteilig berechnet.

(2) Tabelle: Versorgungssatz nach Dienstjahres-Tranchen

Dienstjahre	Versorgungssatz	Bemerkung
5	8,75 %	Unterhalb Wartezeit
10	17,50 %	Wartezeit erfuellt (10 Jahre)
15	26,25 %	
20	35,00 %	
25	43,75 %	Vorgezogene Rente moeglich
30	52,50 %	
35	61,25 %	
38	66,50 %	
40	70,00 %	
42	73,50 %	
43+	75,00 %	Hoechstsatz (Cap)

## (3) Berechnungsbeispiele nach Tarifgruppen (Preisstand November 1987, DM)

Die nachfolgenden Beispiele illustrieren die Versorgungsberechnung fuer repraesentative Tarifgruppen des IG-Metall-Entgelttarifvertrags NRW. Die GRV-Rente ist pauschal angesetzt (Standardrentner mit 40 Entgeltpunkten, Jahrgangsrentenrecht 1987). Massgeblich fuer die individuelle Leistungsfestsetzung ist die individuelle Berechnung durch die Personalabteilung.

Tarifgruppe	Brutto-Endgehalt (mtl.)	Dienstjahre	Vers.-satz	GRV-Rente (gesch.)	Betriebsrente p.M.	Gesamtvers. p.M.
E 5	2.150 DM	30	52,50 %	720 DM	408,75 DM	1.128,75 DM
E 7	2.480 DM	35	61,25 %	830 DM	689,00 DM	1.519,00 DM
E 9	2.890 DM	38	66,50 %	950 DM	972,00 DM	1.922,00 DM
E 11	3.240 DM	40	70,00 %	1.050 DM	1.218,00 DM	2.268,00 DM
AT 6	4.200 DM	40	70,00 %	1.200 DM	1.740,00 DM	2.940,00 DM
AT 10	5.600 DM	40	75,00 %	1.400 DM	2.800,00 DM	4.200,00 DM
AT 12	6.800 DM	42	73,50 %	1.400 DM	3.598,00 DM	4.998,00 DM

Betraege in Deutschen Mark (DM), Preisstand November 1987. EUR-Umrechnung: 1 EUR = 1,95583 DM.

## Paragraph 7 Anpassung nach Paragraph 16 BetrAVG

(1) Dreijährige Anpassungspruefung: Das Unternehmen ist verpflichtet, alle drei Jahre nach Beginn des Rentenbezugs zu pruefen, ob und in welchem Umfang eine Anpassung der laufenden Versorgungsleistungen an den Kaufkraftverlust geboten ist (Paragraph 16 Abs. 1 BetrAVG). Massgeblicher Pruefungstichtag ist der 1. Januar des jeweiligen Pruefungsjahres.

(2) Orientierungsgroesse: Als Orientierungsgroesse gilt der Verbraucherpreisindex fuer Deutschland (VPI), herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden. Die Anpassung orientiert sich an der kumulierten Preissteigerungsrate des abgelaufenen Dreijahreszeitraums, gemessen als Veraenderung des VPI-Jahresdurchschnitts vom ersten zum letzten Jahr des Dreijahreszeitraums.

(3) Wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers: Die Anpassungspflicht entfaellt oder wird reduziert, soweit das Unternehmen nach Massgabe des Paragraph 16 Abs. 4 BetrAVG nachweist, dass durch die Anpassung die wirtschaftliche Lage des Unternehmens unangemessen beeintraechtigt wuerde. Massgeblich ist insbesondere die Eigenkapitalrendite nach HGB. Liegt die Eigenkapitalrendite nachhaltig unter dem aktuellen Rechnungszins fuer 10-jaehrige Bundesanleihen, entfaellt die

Anpassungspflicht ganz. Das Unternehmen traegt die Beweislast fuer die unzumutbare Belastung und hat dem Konzernbetriebsrat die massgeblichen Unterlagen (Jahresabschluss, actuarielle Stellungnahme) vorab zur Verfuegung zu stellen.

(4) Jährliche freiwillige Anpassungsoption: Abweichend von Abs. 1 kann das Unternehmen die laufenden Versorgungsleistungen jaehrlich anpassen. In diesem Fall gilt Paragraph 16 Abs. 2 BetrAVG mit der Massgabe, dass eine Anpassung, die den VPI-Anstieg des Vorjahres deckt, als Erfuellung der Dreijahrspruefpflicht gilt.

(5) Drei-Jahres-Zusagepflicht (BAG 3 AZR 595/14): Das Bundesarbeitsgericht hat in seiner Entscheidung BAG 3 AZR 595/14 klargestellt, dass der Arbeitgeber bei der Dreijahrspruefung verpflichtet ist, entweder die volle Anpassung vorzunehmen oder eine verbindliche Erklaerung zur Teilanpassung abzugeben. Eine blose Verweigerung ohne Erklaerung ist unzuessaessig. Das Unternehmen erlaeutert die Anpassungsentscheidung schriftlich gegenueber den Versorgungsempfaengern und dem Konzernbetriebsrat.

(6) Indexkonzept als Erfuellungssurrogat: Gemaess Paragraph 16 Abs. 3 Nr. 1 BetrAVG kann das Unternehmen die Anpassungspflicht durch vollstaendige Indexierung der laufenden Renten an den VPI abgeltend erfuellen. Das Wahlrecht ist schriftlich gegenueber den Versorgungsempfaengern auszuueben und bindet das Unternehmen dauerhaft.

## Paragraph 8 Unverfallbarkeit

(1) Gesetzliche Unverfallbarkeit nach neuem Recht (Paragraph 1b BetrAVG): Fuer Mitarbeiter, die ab dem 1. Januar 1975 eine Versorgungszusage erhalten haben, gilt die gesetzliche Unverfallbarkeit gemaess Paragraph 1b BetrAVG in der jeweils gueltigen Fassung. Danach bleibt eine Versorgungsanwartschaft erhalten, wenn der Mitarbeiter das 25. Lebensjahr vollendet hat und die Versorgungszusage mindestens 3 Jahre bestanden hat (Fassung 1987). Spaetere gesetzliche Absenkungen gelten ab ihrem Inkrafttreten automatisch auch fuer diese Versorgungsordnung, da das Gesetz insoweit Mindeststandard vorgibt.

(2) Ratierliche Unverfallbarkeit (Pro-rata-temporis-Methode): Die Hoehe der unverfallbaren Anwartschaft bestimmt sich nach der zeitanteiligen Methode des Paragraph 2 Abs. 1 BetrAVG. Massgeblich ist das Verhaeltnis der tatsaechlichen Betriebszugehoerigkeit (n) zur moeglichen Gesamtbetriebszugehoerigkeit bis zur Regelaltersgrenze (N), multipliziert mit dem bei Regelaltersrente erreichbaren Versorgungsbetrag (RR):

$$\text{Unverfallbare Anwartschaft} = (n / N) \times \text{RR}$$

(3) Altes Recht (Paragraph 30f BetrAVG): Fuer Mitarbeiter, die vor dem 22. Dezember 1974 eine Versorgungszusage erhalten haben, gelten die Uebergangsvorschriften des Paragraph 30f BetrAVG. Die Unverfallbarkeit setzt danach 10 Dienstjahre oder das vollendete 35. Lebensjahr mit mindestens 12-jaehriger Versorgungszusagedauer voraus. Fuer noch nicht abgeschlossene Biographien verbleibt es bei diesem Massstab; das neue Recht gilt nur fuer Neuzusagen ab 1975.

(4) Unverfallbarkeit bei Erwerbsminderung: Tritt Erwerbsminderung im Sinne des Paragraph 3 Abs. 4 vor Erreichen der Wartezeit ein, so hat der Mitarbeiter Anspruch auf die unverfallbare Erwerbsminderungsrente nach Paragraph 2 Abs. 1 i.V.m. Paragraph 1b BetrAVG, sofern die gesetzliche Unverfallbarkeit vorliegt (BAG 3 AZR 312/19).

(5) Abfindungsverbot: Unverfallbare Anwartschaften und laufende Versorgungsleistungen duerfen — vorbehaltlich der Geringfueigigkeitsgrenze des Paragraph 3 BetrAVG — nicht abgefunden werden, ohne dass der berechtigte Mitarbeiter zuvor schriftlich und ausdruuecklich eingewilligt hat. Paragraph 3 Abs. 2 BetrAVG (Einverstaendniserfordernis bei Kleinstbetrageen) bleibt unberuehrt.

## Paragraph 9 Auszahlungsmodalitaeten

(1) Faelligkeit und Zahlungsweise: Versorgungsleistungen werden monatlich im Voraus zum Ersten eines jeden Kalendermonats gezahlt, erstmals zum Ersten des auf den Versorgungsfall folgenden Monats. Bei Tod des Mitarbeiters endet die Zahlung mit dem Ablauf des Sterbemonats; die Hinterbliebenenversorgung beginnt zum Ersten des Folgemonats.

(2) Bankverbindung und SEPA: Die Zahlung erfolgt auf ein vom Versorgungsempfaenger schriftlich benanntes Kreditinstitut im SEPA-Raum (IBAN / BIC). Mehrere Bankverbindungen koennen nicht angegeben werden. Aenderungen der Bankverbindung sind der Personalabteilung mit einem Vorlauf von mindestens acht Wochen schriftlich mitzuteilen.

(3) Kein Kapitalwahlrecht: Versorgungsleistungen werden ausschliesslich als laufende Rente ausgezahlt. Eine einmalige Kapitalabfindung ist nur auf der Grundlage einer gesonderten schriftlichen Einzelvereinbarung mit dem Vorstand moeglich und setzt die Einhaltung der Geringfueigigkeitsgrenzen gemaess Paragraph 3 BetrAVG voraus.

(4) Anwartschaftsaufstellung: Das Unternehmen stellt jedem aktiven Mitarbeiter jaehrlich einen Versorgungsausweis zu, der den aktuellen Anwartschaftsstand, die Berechnungsgrundlagen und die voraussichtliche Rentenhoehe ausweist. Der Versorgungsausweis ist kein anfechtbares Verwaltungshandeln, sondern ein informatorisches Dokument.

## Paragraph 10 Hinterbliebenenversorgung

---

(1) Witwen-/Witwerrente: Verstirbt ein Mitarbeiter mit unverfallbarer Anwartschaft oder ein Versorgungsempfänger, erhält der überlebende Ehegatte eine monatliche Witwenrente in Höhe von 60 Prozent der fiktiven oder tatsächlichen Altersrente, die der Verstorbene bei Vollendung der Regelaltersgrenze bezogen hätte beziehungsweise tatsächlich bezogen hat. Die Berechnungsmethodik richtet sich nach der rätierlichen Unverfallbarkeitsformel des Paragraph 8 Abs. 2.

(2) Eingetragene Lebenspartner und Lebensgefährten: Eingetragene Lebenspartner sind dem Ehegatten gleichgestellt (Paragraph 2 Abs. 1 Nr. 4). Ein nichtehelicher Lebensgefährte hat nur dann Anspruch auf Lebensgefährtenrente, wenn folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind: (a) Eintragung beim Unternehmen als versorgungsberechtigter Lebensgefährte durch schriftliche Erklärung gegenüber der Personalabteilung; (b) gemeinsamer Haushalt seit mindestens drei Jahren vor dem Todesfall; (c) wirtschaftliche Unterhaltsabhängigkeit des Überlebenden; (d) kein Ebehinderungsgrund (insbes. kein aufrechtes Eheband mit einer anderen Person).

(3) Anrechnung eigener Einkünfte der Witwe/des Witwers: Die Witwen-/Witwerrente wird um eigene Erwerbseinkünfte des Überlebenden, die einen Freibetrag von 40 Prozent des massgeblichen Endgehalts des Verstorbenen übersteigen, um 40 Prozent des übersteigenden Betrages gekürzt. Eigene Rentenleistungen und Kapitalerträge bleiben aussen vor.

(4) Halbwaisenrente: Hinterbliebene Kinder des Verstorbenen, die noch einen lebenden Elternteil haben, erhalten eine Halbwaisenrente in Höhe von 10 Prozent der massgeblichen Altersrente. Die Zahlung endet mit Vollendung des 18. Lebensjahres, bei Schul- oder Berufsausbildung spätestens mit Vollendung des 25. Lebensjahres.

(5) Vollwaisenrente: Sind beide Elternteile verstorben, erhalten die Kinder eine Vollwaisenrente von 20 Prozent der massgeblichen Altersrente unter den gleichen zeitlichen Voraussetzungen wie die Halbwaisenrente.

(6) Obergrenze: Die Summe aller Hinterbliebenenleistungen (Witwen- + Waisenrenten) darf die massgebliche Altersrente nicht übersteigen (100-Prozent-Cap).

## Paragraph 11 Anrechnung anderer Einkünfte

---

(1) Gesetzliche Rentenversicherung: Auf die Betriebsrente nach dieser Ordnung wird die gesetzliche Rente nach Massgabe der Komplementärformel (Paragraph 5 Abs. 4) angerechnet. Erhöhungen der gesetzlichen Rente nach Berechnung der Betriebsrente führen nur dann zu einer Kürzelung der Betriebsrente, wenn die Erhöhung auf einem Anpassungszuschlag basiert, der auch bei der Betriebsrente berücksichtigt wird.

(Anpassungs-Parallelitaet).

(2) Oeffentlich-rechtliche Versorgungsbezeuge: Renten aus berufsstaendischen Versorgungswerken, Beamtenversorgung sowie Leistungen aus dem Versorgungsausgleich werden angerechnet, soweit sie auf Beschaeftigungszeiten beim Unternehmen beruhen und der Mitarbeiter sie infolge der Betriebszugehoerigkeit erworben hat. Renten, die auf Vordienstzeiten oder eigenen freiwilligen Beitraegen beruhen, werden nicht angerechnet.

(3) Gesetzliche Unfallrente: Renten der gesetzlichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft) werden auf die Erwerbsminderungsrente nach Paragraph 2 Abs. 1 Nr. 2 angerechnet. Beruht die Erwerbsminderung auf einem anerkannten Berufskrankheitsfall oder einem Arbeitsunfall, so wird die Unfallrente bis zur Hoehe der Differenz zwischen der theoretischen Vollaltersrente und dem erdienten Anwartschaftsbetrag auf die Versorgungsleistung angerechnet.

(4) Keine Anrechnung von Privatrenten: Private Lebens- und Rentenversicherungen sowie betriebliche Altersversorgungsleistungen aus frueheren Arbeitgeberverhaeltnissen werden nicht angerechnet.

## Paragraph 12 Schlussbestimmungen / Inkrafttreten / Abloesung

---

(1) Inkrafttreten: Diese Versorgungsordnung tritt in der Fassung der 4. Novelle am 22. November 1987 in Kraft.

(2) Abloesung frueherer Fassungen: Mit Inkrafttreten der 4. Novelle werden die Versorgungsordnung Carlsplatz 1973 in der Fassung der 3. Novelle vom 30. April 1984 sowie alle zwischenzeitlich erlassenen Nachtrage und Durchfuehrungsrichtlinien abgeloeset. Bestehende Besitzstandsaufstockungen (Anlage 2) bleiben unberuehrt.

(3) Guenstigkeitsprinzip: Soweit Mitarbeitern aufgrund gesonderter Einzelzusagen guenstigere Versorgungsrechte zustehen, bleiben diese unberuehrt.

(4) Salvatorische Klausel: Sollten einzelne Bestimmungen dieser Versorgungsordnung unwirksam oder undurchfuehrbar sein, so beruehrt dies nicht die Wirksamkeit der uebrigen Bestimmungen. Die unwirksame Regelung wird durch eine dem wirtschaftlichen Zweck naechstkommende wirksame Regelung ersetzt.

(5) Aenderungen und Mitbestimmung: Aenderungen dieser Versorgungsordnung beduerften eines Vorstandsbeschlusses der MEISSNER RHEINWERK AG sowie der Beteiligung des Konzernbetriebsrats nach Massgabe des Paragraph 87 Abs. 1 Nr. 8 und 10 BetrVG (BAG GS 1/82). Aenderungen zu Lasten der Versorgungsempfaenger beduerften zudem der Drei-Stufen-Rechtfertigung gemaess BAG 3 AZR 313/16.

(6) Gerichtsstand: Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dieser Versorgungsordnung sind vor dem Arbeitsgericht Duesseldorf geltend zu machen; fuer Klagen von Versorgungsempfaengern gilt der allgemeine Gerichtsstand des Paragraph 17 GVG.

## ANLAGE 1

## Rentenberechnungs-Tabellen — Matrix Dienstjahre x Tarifgruppe

Die nachstehende Matrix weist die monatliche Betriebsrente in DM aus, die einem Mitarbeiter bei Erreichen der Regelaltersgrenze zustehen wuerde, differenziert nach anrechnungsfahigen Dienstjahren und Tarifgruppe. In der Berechnung ist die pauschal angesetzte GRV-Rente bereits beruecksichtigt (Standardrentner, 40 Entgeltpunkte). Alle Betraege in Deutschen Mark (DM), Preisstand November 1987.

Dienstjahre	E 5 2.150 DM	E 7 2.480 DM	E 9 2.890 DM	E 11 3.240 DM	AT 6 4.200 DM	AT 10 5.600 DM	AT 12 6.800 DM
5	0	0	0	0	0	0	0
8	0	0	0	0	0	0	0
10	0	0	0	0	0	0	0
12	0	0	0	0	0	0	28
15	0	0	0	0	0	70	385
18	0	0	0	0	123	364	742
20	32	38	61	84	270	560	980
22	108	125	163	197	417	756	1218
25	221	255	314	368	638	1050	1575
28	334	385	466	538	858	1344	1932
30	409	472	567	651	1005	1540	2170
32	484	559	668	764	1152	1736	2408
35	597	689	820	935	1372	2030	2765
38	710	819	972	1105	1593	2324	3122
40	785	906	1073	1218	1740	2520	3360
42	860	993	1174	1331	1887	2716	3598
43	892	1030	1218	1380	1950	2800	3700

Betraege in DM. EUR: 1 EUR = 1,95583 DM. Betraege = 0 bei negativer Komplementaerrechnung.

## Tabelle 1.2: Erwerbsminderungsrente — Hochrechnung bis Regelaltersgrenze

Fuer die Erwerbsminderungsrente werden die bis zum Eintritt der Erwerbsminderung (EM) tatsaechlich zurueckgelegten Dienstjahre zugrunde gelegt. Eine Hochrechnung findet nicht statt (Paragraph 3 Abs. 4 dieser Ordnung). Beispielrechnung fuer E

## 9-Mitarbeiter (Endgehalt 2.890 DM):

Alter bei EM	Dienstjahre	Vers.-Satz	GRV-EM-Rente (gesch.)	Betriebs-EM-Rente p.M.
35 Jahre	10	17,50 %	480 DM	25,75 DM
40 Jahre	15	26,25 %	570 DM	189,45 DM
45 Jahre	20	35,00 %	660 DM	351,50 DM
50 Jahre	25	43,75 %	750 DM	514,38 DM
55 Jahre	30	52,50 %	840 DM	677,25 DM
60 Jahre	35	61,25 %	920 DM	851,13 DM

Annahme: E-9-Mitarbeiter, Endgehalt 2.890 DM, GRV-EM-Rente gestuetzt auf 75 % des Standardrentenwerts.

## ANLAGE 2

## Abloeseregung 1987 fuer Aufstockungsbetraege (Besitzstandssicherung)

1. Grundsatz: Mitarbeiter, denen aufgrund der Versorgungsordnung Carlsplatz 1973 in der Fassung der 3. Novelle vom 30. April 1984 ein hoeherer Aufstockungsbetrag zustand als nach der nunmehr geltenden Berechnung, behalten diesen Aufstockungsbetrag als eingefroren-statischen Besitzstand (Besitzstandssicherung). Massgeblicher Stichtag: 31. Dezember 1986.
2. Definition des Besitzstands: Als Besitzstand gilt der zum Stichtag 31. Dezember 1986 ermittelte, auf volle DM aufgerundete Aufstockungsbetrag pro Monat, der sich nach den Berechnungsregeln der 3. Novelle ergibt. Dieser Besitzstand ist in den Personalakten in dem Dokument Versorgungsausweis 31.12.1986 dokumentiert.
3. Dynamisierung des Besitzstands: Der Besitzstand wird in gleicher Weise wie die laufende Betriebsrente nach Paragraph 7 dieser Versorgungsordnung angepasst, jedoch nur insoweit, als der neue Gesamtversorgungsbetrag nach der 4. Novelle hinter dem Besitzstand zurueckbleibt (partielle Dynamisierung).
4. Fortfall des Besitzstands: Der Besitzstand entfaellt, wenn der Mitarbeiter eine wesentliche Einkommenserhoehung erhaelt, die durch einen Aufstieg um mehr als zwei Tarifgruppen bedingt ist (z.B. von E 7 auf E 10). In diesem Fall wird die neue Berechnung gemaess 4. Novelle vollstaendig zugrunde gelegt.
5. Nachweispflicht: Der Aufstockungsbetrag ist im Versorgungsausweis zum 31. Dezember 1986 dokumentiert. Bestreitet das Unternehmen den Besitzstand, traegt der Mitarbeiter die Beweislast. Die Personalakte des Werks Duesseldorf gilt als massgebliche Bezugsquelle.

Personalnr.	Tarifgruppe (1986)	Besitzstand p.M.	Guelteigkeite	Bemerkung
MEI-01-004781	E 9	87,50 DM	01.01.1987	3. Novelle-Aufstockung
MEI-01-005123	E 11	52,00 DM	01.01.1987	3. Novelle-Aufstockung
MEI-01-006890	AT 6	120,00 DM	01.01.1987	Einzelzusage
MEI-01-007341	E 7	43,00 DM	01.01.1987	
MEI-01-008002	AT 10	230,00 DM	01.01.1987	Langzeit-Besitzstand
MEI-01-009301	E 9	65,00 DM	01.01.1987	Betriebsvereinbarung 1984
MEI-01-010567	E 11	38,00 DM	01.01.1987	Sondernachtrag 1983

Vollstaendige Liste in der Personalakte, Ordner VO-Besitzstaende 1987, aufbewahrt in der Personalabteilung Duesseldorf.

## ANLAGE 3

### Verzeichnis der Tarifgruppen — Entgelttarifvertrag IG Metall / Gesamtmetall NRW, Fassung November 1987

Die nachstehende Tabelle fñhrt die Entgeltgruppen des IG-Metall-Entgelttarifvertrags NRW (ERA-Vorlaufer, Fassung 1. April 1987) mit ihren charakteristischen Taetigkeitsmerkmalen auf. Die Eingruppierung der Mitarbeiter des Werks Duesseldorf erfolgt durch die Personalabteilung in Abstimmung mit dem Betriebsrat nach diesen Merkmalen.

Gruppe	Taetigkeitsmerkmale (Kurzfassung)	Mtl. Grundentgelt (April 1987)
E 1	Einfachste manuelle Taetigkeiten ohne Ausbildungserfordernis	1.620 DM
E 2	Einfache Taetigkeiten nach kurzer Einarbeitungszeit	1.720 DM
E 3	Fachlich einfache Taetigkeiten, geringe Kenntnisse	1.830 DM
E 4	Anforderungsreiche Taetigkeiten, einschlaegige Kenntnis	1.960 DM
E 5	Facharbeiter mit abgeschlossener Berufsausbildung	2.150 DM
E 6	Qualifizierter Facharbeiter, selbstaendige Ausfuehrung	2.310 DM
E 7	Erfahrener Facharbeiter, Anleitung anderer Mitarbeiter	2.480 DM
E 8	Hochqualifizierter Facharbeiter / Vorarbeiter	2.680 DM
E 9	Gruppenfuehrer, Meisterkenntnisse	2.890 DM
E 10	Meister / Techniker mit Fuehrungsverantwortung	3.050 DM
E 11	Leitender Facharbeiter / Sachbearbeiter mit Generalkennntnis	3.240 DM
E 12	Hoechste Tarifgruppe — Sonderwissen und Fuehrung	3.450 DM
AT 1-3	Aussertariflich Einstieg I (Teamleiter, Sachbearbeiter+)	ab 3.600 DM
AT 4-6	Aussertariflich Einstieg II (Abteilungsleiter)	ab 4.200 DM
AT 7-9	Aussertariflich Senior (Bereichsleiter)	ab 4.800 DM
AT 10-11	Aussertariflich Management (Direktoren)	ab 5.600 DM
AT 12	Aussertariflich Senior Management (VP-Ebene)	ab 6.800 DM

Quelle: IG Metall / Gesamtmetall, Entgelttarifvertrag NRW, gueltig ab 01. April 1987.  
Massgebliche Bekanntmachung: IG Metall, Verwaltungsstelle Duesseldorf.

## UNTERZEICHNUNG

---

Die vorliegende Versorgungsordnung K-VO-1 in der Fassung der 4. Novelle vom 22. November 1987 wird durch den Vorstand der MEISSNER RHEINWERK Eisenwarenfabrik AG (Hauptsitz: Carlsplatz 12, 40213 Duesseldorf, HRB 47 882 AG Duesseldorf) rechtsgueltig unterzeichnet. Der Konzernbetriebsrat stimmt im Rahmen der Mitbestimmung gemaess Paragraph 87 Abs. 1 Nr. 8 und 10 BetrVG (BAG GS 1/82) ausdruecklich zu.

Duesseldorf, den 22. November 1987

-----  
Dr. h.c. Wilhelm-August  
Meissner-Rothmann (verst.)

Vorstandsvorsitzender

MEISSNER RHEINWERK Eisenwarenfabrik AG

-----  
Dipl.-Kfm. Georg-Friedrich  
Brockhoff-Vehlen (verst.)

Finanzvorstand

MEISSNER RHEINWERK Eisenwarenfabrik AG

-----  
Reinhardt Suelzbach  
Konzernbetriebsratsvorsitzender (IG Metall, Vertrauensmann seit 1998)

Vermerk: Im Einvernehmen des Konzernbetriebsrats gemaess Paragraph 87 Abs. 1 Nr. 8 und 10  
BetrVG

-----  
Aktenzeichen: MEI-Pensions-26-014 / K-VO-1. Aufbewahrt in der Personalabteilung MEISSNER RHEINWERK AG, Carlsplatz 12, 40213 Duesseldorf. Original handschriftlich unterschrieben und im Tresor der Rechtsabteilung hinterlegt.

## ANLAGE 4

### Massgebliche Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen

---

Diese Anlage fasst die fuer die Auslegung und Anwendung dieser Versorgungsordnung massgeblichen Gerichtsentscheidungen und Verwaltungshinweise zusammen. Die Auflistung hat dokumentarischen Charakter; die Rechtsprechung ist in der jeweils gueltigen Fassung massgeblich.

Entscheidung	Datum	Inhalt / Bedeutung fuer K-VO-1
BAG GS 1/82	16.03.1982	Mitbestimmung des Betriebsrats bei betrieblicher Altersversorgung (Paragraph 87 Ab
BAG 3 AZR 313/16	20.06.2017	Drei-Stufen-Theorie: Eingriff in Versorgungsanwartschaften; Rechtfertigungsmassstab
BAG 3 AZR 220/13	15.04.2014	Future Service / Past Service Abgrenzung; Bedeutung fuer Novellierung K-VO-1
BAG 3 AZR 595/14	17.11.2015	Paragraph 16 BetrAVG Anpassungspflicht; Pruefpflicht und Erklaerungspflicht
BAG 3 AZR 312/19	11.11.2020	Unverfallbarkeit bei Erwerbsminderung vor Wartezeit
BAG 3 AZR 305/21	10.05.2022	Sachgruppenbildung und Differenzierung in Versorgungsordnungen
BFH I R 100/85	14.12.1988	Steuerrechtliche Behandlung Direktzusage; Paragraph 6a EStG
BVerwG 5 C 12/87	22.09.1988	Rentennachfolge und Anrechnung oeffentlich-rechtlicher Versorgung
BSG B 4 RA 40/02	18.06.2003	Versorgungsausgleich und Betriebsrentenanrechnung
EuGH C-385/11	08.11.2012	Diskriminierungsverbot; Gleichbehandlung von Arbeitnehmern

Neben den gerichtlichen Entscheidungen sind folgende Verwaltungsanweisungen und Fachuebersichten massgeblich:

- a) BMF-Schreiben zu Paragraph 6a EStG in den jeweils gueltigen Fassungen;
- b) BMF-Schreiben zur Besteuerung von Betriebsrenten (Rentenbesteuerung EStG);
- c) PSVaG-Merkblatt zur Insolvenzschriftpruefung nach Paragraph 10 BetrAVG;
- d) aba-Fachbeitrag Direktzusage (Arbeitsgemeinschaft betriebliche Altersversorgung e.V.);
- e) IDW RS HFA 30 (Rechnungslegungshinweise zu Pensionsverpflichtungen nach HGB).

## ANLAGE 5

## Glossar — Verwendete Fachbegriffe

Begriff	Definition im Kontext dieser Versorgungsordnung
Anwartschaft	Noch nicht faelliger bedingter Anspruch auf kuenftige Versorgungsleistung
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung, BGBl. I 1974, S. 3610
DBO	Defined Benefit Obligation; aktuarielle Verpflichtung gemaess IAS 19
Direktzusage	Unmittelbare Versorgungszusage des Arbeitgebers ohne externen Versorgungstraeger
Endgehalt	Ruhegehaltsfaehiges Diensteeinkommen der letzten 36 Monate (Paragraph 5 Abs. 1)
Gesamtversorgungsgrad	Anteil des Endgehalts, der als Gesamtversorgung (GRV + Betriebsrente) angestrebt wird
GRV-Rente	Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (Deutsche Rentenversicherung Bund)
Heubeck-Richttafel	Sterblichkeitstafeln fuer versicherungsmathematische Berechnungen (aktuell: 2018 G)
Komplementaerformel	Formel zur Ermittlung der Betriebsrente als Differenz aus Gesamtversorgung und GRV-Rente
Leistungsprimat	Versorgungsform, bei der die Leistungshoehe (nicht der Beitrag) zugesagt wird
Pro-rata-temporis	Zeitanteilige Berechnungsmethode fuer unverfallbare Anwartschaften (Paragraph 2 BetrAVG)
PSVaG	Pensions-Sicherungs-Verein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit; Insolvenzschutzgesetz
Regelaltersgrenze	Altersgrenze gemaess Paragraph 35 SGB VI (derzeit 65, zukunftig 67 Jahre)
Unverfallbarkeit	Eigenschaft einer Versorgungsanwartschaft, nicht durch Ausscheiden aus dem Betrieb zu verlieren
Versorgungsausgleich	Aufteilung von Versorgungsanwartschaften bei Scheidung gemaess Paragraph 1587 BGB

Dieses Glossar hat erlaeuternden Charakter und ersetzt nicht die massgeblichen gesetzlichen Definitionen.